

i.A.22.14.7.3. - HK/IA
 Presse und Information, EDA

Bern, den 8. Februar 1988

Information hebdomadaire 5/88

Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Franz Vranitzky in der Schweiz vom 1./2. Februar 1988

1. Allgemeines

Bundeskanzler Vranitzky (V) wurde bei seinem ersten Besuch in der Schweiz seit Uebernahme des Kanzleramtes (Juni 86) von einer bundesrätlichen Delegation unter der Leitung von Bundespräsident Stich, sowie der Bundesräte Delamuraz, Felber und Ogi empfangen. Die drei stündigen offiziellen Gespräche verliefen in einer äusserst harmonischen und freundschaftlichen Atmosphäre. Im Zentrum der Gespräche stand ein umfassender Meinungs austausch über die Stellung der beiden Länder in Europa und mögliche Perspektiven hinsichtlich der Gestaltung ihres Verhältnisses zur EG.

Weitere Themenbereiche: Ost-West-Beziehungen, inkl. KSZE-Verhandlungen in Wien, Wirtschafts- und Finanzfragen sowie bilaterale Beziehungen.

2. Europäische Zusammenarbeit

Als wichtigstes Fazit der Gespräche kann eine weitgehende Uebereinstimmung hinsichtlich der Beurteilung der notwendigen Intensivierung der Zusammenarbeit mit der EG im Hinblick auf die Schaffung eines dynamischen und homogenen europäischen Wirtschaftsraums festgehalten werden. Eine sehr ähnliche Beurteilung erfuhr auch die im Brennpunkt stehende Frage nach der Umsetzung dieser generellen Zielsetzungen, also die Frage nach der konkreten Ausgestaltung der Beziehungen gegenüber der EG während der nächsten Jahre.

V unterstrich in diesem Zusammenhang deutlich, sich damit klar abhebend von jüngsten Aeusserungen der OVP-Politiker Aussenminister Mock und Wirtschaftsminister Graf, dass für die österreichische Bundesregierung die Unterbreitung eines Beitritts gesuches mindestens bis 1992 (frühest möglicher Zeitpunkt der Realisierung des EG-Binnenmarktes) kein Thema sei. Oesterreich werde, wie in der Regierungserklärung vom Dezember 87 festgehalten, die österreichische Integrationspolitik mit Ziel der Einbindung in den Binnenmarkt auf 3 Säulen gestalten:

1. Multilateral, d.h. durch Verhandlungen und Lösungen gemeinsam mit den andern EFTA- Staaten. V betonte die grosse Bedeutung, welche Oesterreich der EFTA beimesse. Die Gründe, die zur Errichtung dieser Organisation geführt hätten, seien grösstenteils auch heute noch gültig. In diesem Sinne sei ein regelmässiger Dialog innerhalb der EFTA, namentlich auch mit den nordischen EFTA-Mitgliedern sowie eine Fortsetzung des Ausbaus der Zusammenarbeit EFTA/EG (im Sinne des letztjährigen Ministertreffens in Interlaken) notwendig.



2. Bilateral, d.h. auf den Gebieten, wo die EFTA-Länder derzeit verschiedene Ausgangs- und Interessenlagen bzw. Zielsetzungen haben (z.B. Transitverkehr).
3. Durch autonome Rechtsgleichung an EG-Regelungen.

Gerade diese autonome Rechtsangleichung wird, so V, für Oesterreich nicht ohne grössere Anstrengungen möglich sein. Es müsse jedoch sichergestellt werden, dass gegen aussen nicht der falsche Eindruck entstünde, Oesterreich möchte sich lediglich die Rosinen aus dem europäischen Kuchen picken. Die angestrebte Rechtsangleichung könnte sich langfristig auch als nützlich erweisen im Hinblick auf die für die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit notwendigen Strukturanpassungen.

Mit dieser ausdrücklichen Bereitschaft zur autonomen Rechtsanpassung scheint Oesterreich um einiges weiter zu gehen als die Schweiz, wo man zwar auch bereit ist, im Zusammenhang mit neuen Rechtsetzungsvorhaben die Frage der Kompatibilität mit europäischem Recht zu prüfen, keinesfalls jedoch einen Automatismus des Rechtsnachvollzugs zu akzeptieren.

Aufbauend auf diesen drei integrationspolitischen Pfeilern halte sich Oesterreich für die Zukunft auch die Option eines EG-Beitrittes, unter voller Beibehaltung der Neutralität, offen.

Zum Thema Neutralität und EG-Mitgliedschaft wurde schweizerischerseits unterstrichen, dass neben den institutionellen Aspekten des Föderalismus und der direkten Demokratie die Neutralität für die Schweiz das grösste Hindernis für einen EG-Beitritt darstelle.

V stellte in den Vordergrund, dass auch für Oesterreich die Unantastbarkeit der Neutralität eine absolute Grenze im Hinblick auf einen EG-Beitritt darstelle. Angesichts des bestehenden historischen Dualismus (Staatsvertrag mit vier Signatarstaaten ohne Erwähnung der Neutralität einerseits, die autonome österreichische Neutralitätsgesetzgebung andererseits) bestände für Oesterreich heute ein entsprechender Freiraum. Von sowjetischer Seite seien bisher jedenfalls keine ernsthaften Einwände oder Vorbehalte gegenüber einer EG-Mitgliedschaft angebracht worden. Die Signale aus Brüssel hinsichtlich des neutralen Status Oesterreichs seien bisher sehr positiv gewesen.

V hält dennoch den gegenwärtigen Zeitpunkt für verfrüht, diese bedeutsamen Fragen der Neutralität abschliessend beurteilen zu wollen. Notwendig sei ein pragmatisches Vorgehen. Die Neutralitätproblematik müsse erst dann konkret zur Sprache kommen, wenn ein Beitritt auch konkret in Betracht gezogen würde. Dies sei jedoch vorläufig nicht der Fall. Zudem müsse auch auf die möglichen Entwicklungen innerhalb der EG während des nächsten Jahrzehnts abgestellt werden (V erwähnt Delors Idee einer "grossen, wirtschaftlichen EG "und einer" kleinen, politischmilitärischen EG").

3. Verkehrsfragen (Transitverkehr)

Uebereinstimmend wurde festgestellt, dass die Verkehrs- und Transportpolitik neben den bilateralen Aspekten vermehrt auch im europäischen Gesamtzusammenhang betrachtet werden müsse. Dies fordere gerade zwischen den Nicht-EG Mitgliedern Schweiz und Oesterreich eine enge Zusammenarbeit in diesem wichtigen Bereich. V erwähnte, ohne direkt auf die schweizerischen Schwerverkehrs- Gewichtsbegrenzungen hinzuweisen, die enorm gestiegene Bela-

stung des österreichischen Strassennetzes im Nord-Süd Verkehr (Tirol pro Tag 3000 schwere LKW's, wovon 80% Transit). Im Gegensatz zur Schweiz werde Oesterreichs Lösungsansatz jedoch nicht über eine stärkere Regulierung (Herabsetzung der Höchstlimiten etc.), sondern vielmehr über einen mit entsprechenden Investitionen verbundenen Ausbau der Infrastrukturen (Verbesserung des bestehenden Strassennetzes, Alpentransversale für Eisenbahn und Strasse) gehen. Eine grenzübergreifende Betrachtungsweise sei jedoch notwendig.

Bundesrat Ogi informierte über die kurz vor dem Abschluss stehenden Studien betreffend die drei Alpentransversale- Varianten, das schweizerische Gesamtverkehrskonzept (Ausbau des kombinierten Huckepackverkehrs) und die Bahn 2000. Für den Bundesrat steht ein Abrücken von der bestehenden 28 t Gewichtsbegrenzung jedoch nicht zur Diskussion.

4. Europarat

V beglückwünscht die gute und sehr enge Zusammenarbeit der beiden Länder in diesem wichtigen Gremium, welches gerade auch bei Fragen von gesamteuropäischer Bedeutung eine wertvolle Rolle spielen könne.

Bundesrat Felber unterstreicht die Bedeutung des Europarates vor allem in denjenigen Gebieten, in welchen eine komplementäre Tätigkeit zur EG stattfindet (z.B. Kultur, Umwelt, Regionalpolitik, Menschenrechte).

5. Ost-West-Beziehungen

Die Bedeutung des INF-Abkommens wird von V vor allem in einer spürbaren Klimaverbesserung im Verhältnis Washington-Moskau gesehen. Was die eigentliche Abrüstung anbetrifft, sei das Abkommen zwar sicher ein Schritt in die richtige Richtung, doch seien die erzielten Fortschritte angesichts des verbleibenden Nuklearpotentials eher minimal. Insofern seien die Befürchtungen amerikanischer und auch europäischer Kritiker des INF-Abkommens, wonach das bestehende Ungleichgewicht im konventionellen Bereich noch verstärkt werde, unbegründet.

Die Reformvorhaben in der UdSSR beurteilt V mit verhaltenem Optimismus. Er stimmt mit der schweizerischen Analyse überein, das eine klare Beantwortung der Frage, ob Gorbatschow über genügend Durchschlagskraft verfüge, noch nicht möglich sei.

Besonders positiv wirken sich die Reformen in der UdSSR in denjenigen Staaten Osteuropas aus, deren System bereits zuvor eine gewisse Mobilität zeigte (Ungarn, Polen). Die Reaktionen in der CSSR und DDR seien entsprechend zurückhaltender. Die wirtschaftliche Situation Osteuropas wird von V als äusserst schwierig beurteilt. Fortschritte seien vorläufig nicht zu erwarten.

Jugoslawien: Die politische und wirtschaftliche Situation Jugoslawiens, die Gegenstand einer längeren Aussprache bildet, wird übereinstimmend als sehr negativ beurteilt. Als Gründe werden der übersteigerte Föderalismus, der mit

seinem Rotationssystem das Land praktisch unregierbar mache sowie die zunehmende Misswirtschaft angeführt.

Oesterreich ist über die Entwicklungen in Jugoslawien in hohem Masse besorgt. V weist namentlich auf die für Oesterreich als Nachbarland weitreichenden wirtschaftlichen, sozialpolitischen und vor allem sicherheitspolitischen Konsequenzen einer nicht auszuschliessenden Destabilisierung Jugoslawiens hin. Aus diesen Gründen wäre aus österreichischer Sicht auch eine direkte finanzielle Unterstützung Jugoslawiens durch die Umliegerstaaten in Betracht zu ziehen. Genaue Form und Durchführung dieses Unterstützungsprogrammes wäre zwischen den interessierten Regierungen in informeller Weise zu diskutieren.

Von schweizerischer Seite wird darauf hingewiesen, dass man die Entwicklungen in Jugoslawien ebenfalls genau verfolge. Angesichts der derzeit im Gange befindlichen Gespräche zwischen Jugoslawien und dem IMF halte man jedoch eine direkte Unterstützungsaktion im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für notwendig. Es sei zu hoffen, dass Jugoslawien über die Gespräche mit dem IMF zu einer Reorientierung seiner Wirtschafts- und Finanzlage finde. Man begrüsse jedoch auch schweizerischerseits einen regelmässigen Informationsaustausch der direkt interessierten Staaten über die Lage in Jugoslawien.

KSZE-Prozess:

Die Verhandlungen in Wien gestalten sich derzeit gemäss übereinstimmender Auffassung sehr schwierig. Namentlich im besonders zentralen Bereich der Menschenrechte sind derzeit wenig Fortschritte zu erwarten. Minimalziel der Gespräche in Wien müsse es sein, die bisher erzielten Fortschritte zu konsolidieren und nicht an Terrain einzubüssen. Von beiden Seiten wird die sehr enge und gut funktionierende Zusammenarbeit der beiden Delegationen in Wien hervorgehoben.

6. Wirtschafts- und Finanzfragen

Der bestehende regelmässige Dialog zwischen Finanz- und Wirtschaftsministern beider Länder wurde mit V (als ehemaliger Finanzminister) in Form eines allgemeinen Tour d'Horizon fortgesetzt. Dabei zeigte sich eine weitgehend übereinstimmende Beurteilung der wichtigsten anstehenden Wirtschafts-, Finanz- und Verschuldungsprobleme.

So stimmten V und Bundespräsident Stich namentlich darin überein, dass ein gesunder Staatshaushalt wichtige Voraussetzung für eine langfristig vernünftige Wirtschafts- und Finanzpolitik sei. Von vorrangiger Bedeutung sei dabei vor allem das Tiefhalten der Inflationsrate. Steuersenkungen allein führten, wie das Beispiel USA deutlich zeige, nicht automatisch zu einem verstärkten Investitionsvolumen.

Oesterreich trage sich, so V, trotz der verstärkt in Richtung Brüssel blickenden Aussenhandelspolitik, nicht mit dem Gedanken einer stärkeren Annäherung an das Europäische Währungssystem (EWS). Oesterreich sei mit seiner bisherigen Währungspolitik, die sich in erster Linie an den für Oesterreich massgeblichen Währungen DM, SFR und niederländischer Gulden orientiere, bisher gut gefahren und werde diese Politik fortsetzen.

Bundesrat Delamuraz weist im Zusammenhang mit der Beurteilung des Börsensturzes vom 19. Oktober, der ein eigentliches "non-event" dargestellt habe, darauf hin, dass die massgeblichen Wirtschaftsfaktoren schon lange

vorher in Richtung eines massiven Sturzes gezeigt hätten. Der Umschwung sei aus dieser Perspektive vorhersehbar, unabwendbar und für die Zukunft der amerikanischen als auch der Weltwirtschaft sanierend gewesen. Jedem Staat obliege es in erster Linie, seine eigene Wirtschaftspolitik in Ordnung zu bringen. Pauschale Vorwürfe an die USA oder auch gegenüber Japan oder der BRD seien von geringem Nutzen.

V stimmt abschliessend der von Bundesrat Delamuraz vertretenen Auffassung zu, der Uruguay-Runde komme im Hinblick auf die Zukunft im Welthandelssysteme erstrangige Bedeutung zu. Entsprechende Anstrengungen aller Staaten seien unabdingbar.

7. Bilaterale Fragen

Die bilateralen Beziehungen wurden beidseits als ausgezeichnet und im wesentlichen als problemfrei bezeichnet. Die bestehenden wenigen Probleme sind alle eher technischer Natur und kamen nicht zur Sprache.

Ebenfalls nicht zur Sprache kam während der Gespräche die Angelegenheit Waldheim (siehe directives politiques vom 8.2.88).

700-Jahrfeier

Der Departementschef hat am 4. Februar 1988 Minister W. Fetscherin zum Vertreter des EDA in der neugeschaffenen verwaltungsinternen Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Veranstaltungen des Bundes anlässlich des 700jährigen Jubiläums der Eidgenossenschaft ernannt. Das Praesidium des Gremiums wurde vom Bundesrat dem Generalsekretär des EVD, Dr. P. Saladin, uebertragen. Minister Fetscherin wird gleichzeitig innerhalb des Departements mit der Koordination der entsprechenden Arbeiten betraut sein.

Réunion ministérielle CE / pays de l'AELE "marché intérieur"
à Bruxelles, le 2 février 1988

1. La réunion présidée par M. Bangemann (RFA) s'est déroulée dans une excellente atmosphère, contrairement à certaines craintes (l'Espagne en particulier avait soulevé des difficultés durant la préparation). Contrairement à la réunion de Luxembourg, en 1984, qui portait sur l'ensemble des relations CE-pays AELE, celle de Bruxelles était concentrée sur le thème de l'achèvement du marché intérieur de la CE et les relations avec les pays de l'AELE.
2. Tous les Ministres des Etats membres de la Communauté ainsi que les représentants de la Commission (Willy De Clercq et Lord Cockfield) se sont prononcés pour le renforcement de la coopération CE/pays de l'AELE, tout en réaffirmant que la priorité doit rester à l'achèvement de l'intégration communautaire. Cette volonté de coopération était perceptible également chez les Ministres espagnol, grec et portugais, qui ont, à des degrés divers, rappelé la dimension de solidarité, dans une approche intégrée de tous les problèmes, tenant compte des disparités régionales et sociales. Dans ses conclusions, M. Bangemann a souligné le développement parallèle des efforts: achèvement du marché intérieur, renforcement de la coopération CE-pays de l'AELE.
3. Le débat a porté sur deux aspects de nos relations:
 - a) En ce qui concerne la méthode, quatre points sont à relever:
 - la coopération se fera de façon pragmatique, dans le respect de l'autonomie et des procédures internes de chacun.
 - aucun domaine d'intérêt commun n'est a priori à exclure.
 - la possibilité de conclure des "accords passerelles" sur la base de législations compatibles sera examinée.
 - cette compatibilité requiert des échanges de vues et d'informations à un stade précoce (le terme de consultations n'est pas encore accepté du côté communautaire).
 - b) En ce qui concerne la substance, les Ministres ont donné une nouvelle impulsion dans les domaines suivants, dans la perspective de la réunion de Tampere en juin, entre les Ministres AELE et M. De Clercq:
 - intensification de la coopération en matière d'obstacles techniques aux échanges, notamment un système de notification mutuelle de nouvelles règles techniques,
 - simplification et amélioration des règles d'origine,
 - protection de la propriété intellectuelle pour les semi-conducteurs et lutte contre les contrefaçons,
 - meilleure transparence dans le domaine des aides d'Etat et dans celui des marchés publics,
 - négociation sur l'élimination des restrictions quantitatives à l'exportation,
 - meilleure transparence dans le système de compensation des prix agricoles pour les produits agricoles transformés.

- 7 -

4. Le chef de la Délégation suisse, le Conseiller fédéral Jean-Pascal Delamuraz, a souligné dans son intervention

- la volonté suisse de coopérer dans un esprit de parfaite solidarité et en réciprocité
- la nécessité d'intensifier les efforts de coopération notamment dans le domaine des services
- les efforts nécessaires à une meilleure compatibilisation des dispositions juridiques dans les matières touchant au marché intérieur.

delegation dizaine hommes d'affaires representative economie suisse, organisée et encadrée par osec (bischof), dirigée par ofaee (ambassadeur roethlisberger) a séjourné pendant une semaine à alger (28 janvier au 4 février). échanges de vues très informatifs et ouverts niveau secrétaires généraux aux ministères commerce, finances, industries légères, industrie lourde, hydraulique, santé, tourisme. visite chef délégation, et ambassade au vice-ministre affaires étrangères. moment voyage particulièrement heureux puisque l'algerie engagée dans ouverture nette, bien que progressive, de ses structures économiques. législation nouvelle, discutée au parlement 1987, publiée tout récemment. rôle état restant très central dans vie économique nationale, ligne de force est aujourd'hui autonomie des entreprises. sociétés d'état en voie transformation en entreprises publiques économiques (epe) dont gestion doit répondre à critères rentabilité. chute prix pétrole et cours dollar créent pour l'algerie goulet étranglement évident au niveau financement son développement. politique officielle affichée demeure de servir scrupuleusement dette extérieure. effort au plan commerce extérieur non plus seulement substitution des importations mais surtout encouragement exportations de produits non hydrocarbures. algerie recherche, dans cet ordre d'importance, apport extérieur technologique, connaissance du marché (marketing), financement. formule de coopération par voie société mixte, connue depuis plusieurs années présente-ment en voie évolution dans le sens de stimuler intérêt du partenaire étranger. possibilités concrètes de coopération (sociétés mixtes) avec entreprises suisses identifiées voire en cours dans secteurs pharmacie et machines.

OCDE: Comité exécutif en session spéciale

Le CESS a tenu le 1er février 1988 sa 55ème réunion au siège de l'OCDE à Paris. La délégation suisse était conduite cette fois-ci par l'Ambassadeur Corti. Trois thèmes figuraient à l'ordre du jour, à savoir la situation économique actuelle y compris le problème de la dette, l'investissement direct international et l'Uruguay Round.

Situation économique et dette: La discussion du contexte macro-économique eut lieu devant une toile de fond étonnamment peu pessimiste du potentiel de croissance de la zone OCDE pour l'année 1988 (2,75 %). Les membres du G-3 mirent l'accent sur l'importance des mesures que chacun d'entre eux avait prises ces derniers mois. Cela permit au Japon de faire valoir que sa forte croissance interne provient essentiellement de la demande domestique. Pour les Etats-Unis, le ralentissement de la demande interne est plus que compensé par l'augmentation importante des exportations; parmi les principaux paramètres évoqués, la délégation américaine indiqua une diminution ultérieure du déficit courant à 145 mia dollars en 1988, la nette diminution du déficit commercial étant partiellement neutralisée par le poids croissant du service de la dette. Pour sa part, la délégation allemande fit valoir que l'année 1987 a marqué le début d'une diminution des excédents courants en termes nominaux liée à une augmentation constante de la propension à importer. La plupart des délégations ont fait état de leurs préoccupations quant à l'insuffisance des mesures prises et aux incertitudes de croissance prévalant notamment en Europe. En relevant le caractère labile de l'actuel environnement économique, certains pays (Canada, RU, F, CH) ont, avec des accents différents, postulé qu'au-delà des options monétaires et fiscales, l'on accompagne cette approche d'une action au plan micro-économique. A l'instar de la récente déclaration du G-7, une importance particulière fut consacrée au rôle et à la responsabilité des "quatre tigres" asiatiques, compte tenu de leurs énormes excédents. D'une part, la discussion fit apparaître le manque d'enceintes appropriées permettant le développement d'un dialogue organique avec ces pays, d'où la proposition par la délégation japonaise de renforcer le "Pacific Economic Cooperation Council (PECC)". D'autre part, plusieurs délégations firent valoir l'opportunité de procéder à une graduation de ces pays.

La discussion au sujet de l'état de l'endettement ne fit guère apparaître d'éléments nouveaux. Si, à certains égards, la situation des pays fortement endettés s'est marginalement améliorée, la question se pose pour les pays de l'OCDE de savoir comment compléter et consolider ce processus. Au-delà d'un emploi plus systématique des nouveaux instruments au titre du "menu approach", une responsabilité primordiale revient aux pays industrialisés qui continueront longtemps encore à déterminer le cadre macro-économique mondial. Dès lors, la discussion dégagait le besoin de disposer, à l'occasion de la conférence ministérielle, d'une appréciation complète de ces interrelations afin de permettre de lancer les signaux qui s'imposent.

Investissement direct international: Depuis un certain temps, le CESS ne s'était plus penché sur le dossier de l'investissement direct. Discuté sur la base d'une excellente étude du Secrétariat, ce point avait été mis à l'ordre du jour compte tenu des modifications que le contexte macro-économique fait courir aux flux d'investissement. Particulièrement sensible au développement d'une nouvelle forme de protectionnisme, l'administration américaine ressentit le besoin de provoquer une certaine fuite en avant en proposant un approfondissement des travaux à l'OCDE, entre autre en renforçant le caractère contraignant de l'Instrument de traitement national. Si l'opportunité d'une telle démarche a été appuyée par un large nombre de pays, dont la Suisse, il était difficile de ne pas ressentir les sentiments mêlés au sujet du caractère inégal de tels engagements devant la toile de fond de situations d'accès au marché très différentes. Ainsi, le Japon a relevé des développements tels que les nouvelles règles anti-dumping de la CE ou les volets relatifs à l'investissement dans l'ALE entre Etats-Unis et Canada, lesquels ne sont guère susceptibles d'améliorer le climat général. En complément à la discussion sur les investissements au sein de la zone OCDE, une attention soutenue a été accordée aux flux en direction des PVD. Outre la nette reprise de conscience de plusieurs de ces pays quant à l'apport fondamentalement positif de l'investissement étranger dans le renforcement de leurs structures, les délégations ont passé en revue l'éventail des possibilités à disposition. Ainsi, au-delà des variantes offertes par les formes multiples de "debt equity swaps" de nombreuses délégations (Japon, Italie, Espagne) ont décrit leur approche consistant en des techniques combinées APD/Investissements privés dans le but de rendre les conditions plus attrayantes. Les Etats-Unis ont souhaité des progrès tangibles en matière de TRIMs. En conclusion, le Secrétaire général promet la poursuite des travaux plus particulièrement dans la perspective d'un message clair lors de la Ministérielle.

Uruguay Round: En ce qui concerne les politiques commerciales, la discussion s'articula en particulier autour des modalités de la revue à mi-parcours de l'Uruguay Round ainsi que sur le volet des services. Au titre du premier point, les délégations exprimèrent le souci d'assurer une transition en douceur de la phase préliminaire à la phase de négociation proprement dite. Il importe dès lors que la revue à mi-parcours permette de présenter des orientations à la fois globales et substantielles permettant d'affirmer que des pas concrets ont été réalisés depuis Punta del Este. De plus, les délégations relevèrent l'importance de pouvoir disposer d'ici l'automne d'un premier cadre de négociation esquissant un certain nombre de principes et de règles dans le domaine des services. Un centre de gravité particulier revient toujours aux travaux en cours à l'OCDE en matière de services, ce qui pré suppose une amélioration de la coordination entre les différentes enceintes et entre les délégués nationaux respectifs.

La prochaine réunion du CESS aura lieu les 2 et 3 mai 1988.
(Rappel: Ministérielle OCDE: 18 et 19 mai 1988).

OCDE: Comité des échanges

Le Comité des échanges de l'OCDE s'est réuni à Paris les 3 et 4 février 1988. L'Ambassadeur de Pury étant empêché en raison de maladie, la délégation suisse a été conduite par M. Stingelin. Trois sujets principaux figuraient à l'ordre du jour, à savoir l'Uruguay Round, l'agriculture et les mesures de la zone grise:

Uruguay Round: Le débat a fait ressortir qu'il existe une large convergence de vues au sein de l'OCDE sur l'appui que cette Organisation peut et doit donner à l'Uruguay Round et sur la nature et l'objectif de la revue à moyen terme de l'Uruguay Round qui s'effectuera en décembre, probablement à Montréal. S'agissant du premier point, la Conférence ministérielle de l'OCDE des 18 et 19 mai prochains cherchera à donner une impulsion politique en faveur du round, mais s'abstiendra comme par le passé de s'immiscer dans le travail négociatoire proprement dit qui, lui, doit se dérouler dans le cadre du round. La première phase du round s'est bien déroulée, mais, comme l'a relevé le Président Schomerus, nous sommes maintenant pressés par le temps et les possibilités de parvenir à des progrès paraissent faibles dans certains domaines tels que l'agriculture ou les services. Par conséquent, une impulsion politique est requise pour faire avancer les travaux de substance, car les occasions qui se présentent en 1988 pourraient ne plus subsister à l'avenir. Répéter simplement Punta del Este ne suffira pas pour la revue à moyen terme. Avec certaines nuances, l'ensemble des délégations qui se sont exprimées ont souhaité parvenir à des progrès dans tous les domaines de la négociation. La Suisse a notamment souligné la nécessité, dans cette perspective de la globalité, de ne pas négliger le dossier des règles du GATT (avis partagé par la CEE). L'Australie entend pour sa part que l'on ne néglige pas les sujets traditionnels (tarifs, accès aux marchés, quantification du protectionnisme). Dans ses conclusions, le Président Schomerus a rappelé que des risques demeuraient contre l'Uruguay Round, que tous les pays devaient par conséquent prendre leur responsabilité, que la revue à moyen terme ne devait pas devenir en elle-même un objet de négociation, mais qu'il importait de faire avancer concrètement les négociations dans tous les sujets du round. Bien entendu, cette notion de globalité ne signifiera pas que les progrès atteints seront les mêmes dans chaque domaine, mais il importe que des progrès soient visibles dans tous les domaines.

Agriculture: Le Comité était saisi d'une très riche documentation préparée par le Secrétariat portant sur l'évolution des politiques et mesures agricoles depuis la Conférence ministérielle de mai 1987. Il s'agit d'un exercice que le Comité des échanges mène conjointement avec le Comité de l'agriculture. Le débat se poursuivra au cours de ces prochains mois. Il n'y avait donc pas de formulation précise à négocier cette fois-ci. C'est pourquoi le débat s'est déroulé dans un climat serein. Il n'en reste pas moins que, globalement considérés, les changements positifs enregistrés depuis l'année dernière dans la zone OCDE ont été faibles. La réforme nécessaire des politiques agricoles est une opération de longue haleine. C'est précisément pourquoi, comme le

relève le Secrétariat, il importe de se mettre rapidement à l'oeuvre. La délégation américaine a lancé un appel pour que les tendances actuelles soient renversées. En effet, selon les USA, le système américain ressemble de plus en plus au système de la CEE et réciproquement. Chacun a tendance à prendre ce qu'il y a de pire dans le système de l'autre. Selon M. Feketekuty, si l'on ne rétablit pas la situation au cours des années à venir, les Etats-Unis vont de plus en plus soutenir leurs paysans au travers des consommateurs et des subventions aux exportations. Pour sa part, la CEE va davantage contrôler la production et régler ainsi ses problèmes budgétaires. En attendant le Conseil européen des 11 et 12 février prochains, la Commission a été contrainte d'exercer une certaine retenue dans ses propos, ce qui a été mis à profit par certains des pays membres de la Communauté, soit dans un sens libéral (Royaume-Uni), soit dans une direction plus interventionniste (France, Espagne, RFA, notamment). La question des PSE et des CSE de même que les éventuelles modalités de la négociation au GATT n'ont pas été abordées. Les Etats-Unis ont demandé que l'on entame une réflexion également sur la sécurité alimentaire.

Zone grise: A la suite des frictions surgies en raison de la mise en oeuvre de l'arrangement entre les Etats-Unis et le Japon sur les semi-conducteurs, le Comité des échanges avait chargé le Secrétariat l'année dernière d'entreprendre une étude sur les caractéristiques et les tendances des mesures de la zone grise introduites au cours de ces dernières années. La version préliminaire de cette étude a fait l'objet d'un premier échange de vues au sein du Comité des échanges. Pour ne pas se livrer à un exercice de rédaction stérile, le Président Schomerus a immédiatement suggéré de se servir de cette étude comme plate-forme pour un débat de politique générale. D'une façon générale, cette étude, élaborée par le Secrétariat en coopération avec une équipe de consultants, a été étonnamment bien accueillie, même de la part de pays ou de groupes de pays ayant recouru souvent à des mesures protectionnistes de la zone grise ou à des mesures proches de la zone grise. La réaction la plus émotive que l'on a enregistrée provenait des Etats-Unis, reprochant à l'étude une méconnaissance des instruments du GATT ainsi qu'une vue trop eurocentrée. Toutefois, la majorité des intervenants ont admis l'état de la situation tel que décrit par l'étude (les exemples de zone grise sont encore plus nombreux que ce que l'on pensait généralement) et ont reconnu que les instruments internationaux tels qu'ils existent aujourd'hui ne répondaient pas ou répondaient insuffisamment à la majorité des situations à l'origine de mesures de la zone grise. Après avoir rappelé pourquoi la zone grise était dommageable au commerce international, la Suisse a proposé que le Secrétariat évalue les conséquences qu'aurait eues sur la zone grise l'application des propositions soumises à ce stade en matière de sauvegarde à l'Uruguay Round contenues notamment dans les soumissions du Brésil, des Pays du Pacifique et de la Suisse. Le Comité des échanges poursuivra sa discussion sur la zone grise à la fin du mois de juin.

La prochaine réunion du Comité des échanges aura lieu les 7 et 8 avril 1988. Elle aura principalement pour tâche de préparer le message commercial en vue de la Conférence ministérielle des 18 et 19 mai 1988.

Referenzen und Initialen

p.B.58.06.4 - RY/RJ

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffrieren	Prüfen	Revidieren	Text eing.	Es	Abwachen	Seite-Nr.
X	X				Secret. pol.	1
Ja	Nein	Dring.	Es ist			
Empfänger	Empfänger	Empfänger	Empfänger	Empfänger	Empfänger	Empfänger

wochentx

Directives politiques hebdomadaires no 4/88 du 8.2.88

Sprachregelung Waldheim

Die Angelegenheit Waldheim kam waehrend des Letztwoechigen Besuches von Bundeskanzler Vranitzky in der Schweiz nicht zur Sprache. Die im letzten Herbst zur Untersuchung der Aktivitaeten Praesident Waldheims waehrend des Zweiten Weltkrieges bestellte Kommission ist von der oesterreichischen Regierung eingesetzt worden. Diese hat den schweizerischen Militaerhistoriker Hans-Rudolf Kurz zum Praesidenten bestimmt. Kurz versieht diese Funktion als Privatperson und nicht als offizieller Vertreter der Schweiz. Die Schweiz kann somit nicht mit dieser Kommission in Verbindung gesetzt werden. In diesem Sinne sind die schweizerischen Behoerden auch ueber die Durchfuehrung und den Stand der Untersuchung in keiner Weise unterrichtet. Die Frage eines Besuches von Bundespraesident Waldheim in der Schweiz ist derzeit nicht aktuell. Bekanntlich findet in der Schweiz jaehrlich jeweils nur ein offizieller Staatsbesuch statt. In diesem Jahr wird der portugiesische Staatspraesident Soares der Schweiz diesen offiziellen Staatsbesuch abstatten. Auf Zusatzfragen kann ergaenzend wie folgt geantwortet werden:

Kontakte zwischen den schweizerischen und den oesterreichischen

Datum 5.2.88

30.41

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert	Priorität	Rekurrenz	Text erg.	F.1	Ansänger	Seite Nr.
ja / nein	Norm. / Dring.	F.1a				2
Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	

Behörden betreffend einen Besuch des Bundespraesidenten haben bisher keine stattgefunden. Eine feste Tradition hinsichtlich des ersten Auslandbesuches beim neutralen Nachbarn besteht lediglich auf Aussenministerebene, nicht hingegen fuer Bundeskanzler noch fuer Bundespraesidenten. So erfolgte der Besuch von Bundespraesident Kirchsclaeger 1981 erst in seiner zweiten Amtsperiode, d.h. in seinem 8. Amtsjahr, ohne dass darin nur die geringste Zuruecksetzung zu sehen gewesen waere.

Oesterreich-Visite von Bundesrat Felber:
Bundesrat Felber beabsichtigt, auf Einladung von Aussenminister Mock hin, den traditionellen ersten Auslandbesuch in Oesterreich in absehbarer Zeit durchzufuehren. Brunner

////
copie : RY
NNNN

Datum: 5.2.88
30.41

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER
 AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN
 Presse- und Informationsdienst
 i.A.22.14.7.3. - HK/IA

Bern, den 9.2.1988

T E L E G R A M M (CH)

a) an die diplomatischen Vertretungen in:

4/88

- | | | |
|-----------------|----------------|------------------|
| - Accra | - Helsinki | - Rabat |
| - Addis Abeba | - Houston | - Riad |
| - Alger | - Islamabad | - Rio de Janeiro |
| (- Amman) | - Istanbul | - Rom |
| - Ankara | - Jakarta | - San Francisco |
| - Athènes | - Johannesburg | - San José |
| - Bagdad | - Kairo | - Santiago |
| - Bangkok | - Kinshasa | - Sao Paulo |
| - Barcelona | - Lagos | - Seoul |
| - Beirut | - Lima | - Stockholm |
| - Berlin Ost | - Lissabon | - Teheran |
| - Berlin West | - London | - Tel-Aviv |
| - Bombay | - Los Angeles | - Tokio |
| - Bonn | - Luxemburg | - Washington |
| - Brasilia | - Madrid | - Wien |
| - Brüssel (2) | - Marseille | |
| - Budapest | - Mexiko | |
| - Buenos Aires | - Montreal | |
| - Bukarest | - Moskau | |
| - Canberra | - Nairobi | |
| - Caracas | - New Delhi | |
| - Chicago | - New York (2) | |
| - Colombo | - Ottawa | |
| - Dar es Salaam | - Oslo | |
| - Den Haag | - Paris (3) | |
| - Djeddah | - Peking | |
| - Dublin | - Prag | |
| - Guatemala | - Pretoria | |
| - Havanna | | |

b) per Kurier:

Abidjan		Panama
Abu Dhabi		Panmunjom
Addis Abeba	Hamburg	Paris (3)
Akkra	Hanoi	Prag
Alger	Harare	Pretoria
Amman	Havanna	Quito
Amsterdam	Helsinki	Rabat
Ankara	Hong Kong	Rio de Janeiro
Antananarive	Houston	Rom
Asuncion	Islamabad	San Francisco
Athen	Istanbul	San José
Atlanta	Jakarta	Santiago de Chile
Bagdad	Johannesburg	Sao Paulo
Bangkok	Kairo	Singapur
Barcelona	Karachi	Sofia
Beijing	Khartoum	Stockholm
Beirut	Kigali	Strassburg+Europarat
Belgrad	Kinshasa	Stuttgart
Berlin/BRD	Kopenhagen	Seoul
Berlin/DDR	Kuala Lumpur	Sydney
Bogota	Kuwait	Teheran + Fremde Interessen
Bombay	Lagos	Tel-Aviv
Bonn	La Paz	Tokio
Bordeaux	Lima	Toronto
Brasilia	Lissabon	Tripolis
Brüssel+Mission	London	Tunis
Budapest	Los Angeles	Vancouver
Buenos Aires	Luanda	Warschau
Bukarest	Luxembourg	Washington
Canberra	Lyon	Wellington
Caracas	Madrid	Wien
Chicago	Mailand	Yaoundé
Colombo	Manchester	Zagreb
Conakry	Manila	
Dakar	Maputo	
Damaskus	Marseille	
Dar es Salaam	Melbourne	
Den Haag	Mexiko	
Dhaka	Montreal	
Djeddah	Monrovia	
Dublin	Montevideo	
Düsseldorf	Moskau	
Frankfurt a/Main	München	
Genua	Nairobi	
Guatemala	New Delhi	
	New York, UNO+GK	
	Osaka	
	Oslo	
	Ottawa	

Diverse:

- Genf, OI
- R. Mantelli, BAWI
- Divisionär Petitpierre, EMD
- R. Probst, BE (ehem. Staatssekretär)
- interne Verteilerliste

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FUER
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN
Presse- und Informationsdienst

Bern, den 9.2.1988

1.A.22.14.7.3. - 186/1A

Interne Verteilerliste

Betrifft: Information hebdomadaire 5/88

Departementsvorsteher		BRF
Dipl. Sekretär	Hr. Comberous	CD
pers. Mitarbeiter	Frau Hanselmann	
Generalsekretariat	Hr. Schaller	SRU
Politischer Direktor, Staatssekretär	Hr. Brunner	BRE
Sekretariat Staatssekretär	Hr. Barras	BF
Protokoll	Botschafter Barbey	BAC
Politisches Sekretariat	Botschafter Ramseyer	RY
Politischer Dokumentationsdienst, Kanzlei pol. Sekretariat		W 338
Politische Sonderfragen	Minister von Arx	AX
Finanz- und Wirtschaftsdienst	Minister Lautenberg Hr. Faivet	LA FB
Pol. Abteilung I	Botschafter Staehelin Hr. Pedotti	SIN PGF
Dienst Frankophonie	Hr. De Dardel	DJ
Europarat	Hr. Richard	RA
Pol. Abteilung II	Botschafter Ruegg Hr. Blickenstorfer	RUE BLI
Sektion f. kons. Schutz	Hr. Robert	RO
Auslandschweizersekretariat	Minister Fetscherin	FN
Fremde Interessen	Hr. Ghisler	GH
Direktion f. int. Organisationen	Botschafter Muheim Minister Erard Minister Gyger	MF ER GWB
Sektion Vereinte Nationen und intern. Organisationen	Hr. Hofer	HER

Sektion intern. wissenschaftliche Angelegenheiten	Hr. Creola	CRE
Sektion für intern. Umweltangelegenheiten	Hr. Schmid	SCW
Sektion f. kulturelle und UNESCO- Angelegenheiten	Hr. Luciri	LC
Sekretariat der nationalen schweiz. UNESCO-Kommission	Hr. Theurillat	TB
Direktion für Völkerrecht	Botschafter Krafft Minister Stettler Minister Godet	KT STR GT
Sektion Völkerrecht	Hr. Spinner	SPI
Sektion Entschädigungsabkommen	Hr. Bühler	BC
Sektion Staatsverträge	Hr. Rubin	RC
Sektion Landesgrenze- und Nachbarrecht	Hr. Dubois	DS
Sektion Verkehr Seeschiffahrtsamt Basel	Direktor Hulliger Stellvertr. Direktor Haenggi	HG
DVA	Botschafter Manz Frau Krieg	MA KRI
Sicherheitsbeauftragter	Hr. Iten	IT
Sektion Rekrutierung und Ausbildung des Personals	Hr. von Graffenried	GRP
Personalsektion	Hr. Kaiser/Hr. Reich	KA/RE
Sektion Buchhaltung und Informatik	Hr. Savoye	SAV
D. f. verw. rechtl. Angelegenheiten	Hr. Doswald	DW
Sektion Bezüge und Zulagen Verwaltungsinspektorat	Hr. Trinkler Hr. Castelli	TK CS
Kuriersektion	Hr. Schweizer	SRJ
Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe	Botschafter Staehelin	SFR
Stellvertr. Direktor	Hr. Wilhelm	WM
Delegierter für Katastrophenhilfe im Ausland	Hr. Bill	BH
Vizedirektor	Hr. Giovannini Hr. Högger	GI HL
Informationsdienst	Hr. Leuzinger	LP
Multilaterale Angelegenheiten	Hr. Pasquier	PA
Sektion human. Nahrungsmittelhilfe	Frau Schelling R.	SGR
Integrationsbüro EDA/EVD	Minister Kellenberger	Ke